



Abstimmung vom 5.6.2016

# Das Volk sieht die Autofahrenden nicht als «Milchkuh»

**Abgelehnt: Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»**

Matthias Strasser

---

**Empfohlene Zitierweise:** Strasser, Matthias (2020): Das Volk sieht die Autofahrenden nicht als «Milchkuh». *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch). Abgerufen am [Datum].

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Anlässlich des Genfer Autosalons lanciert der Verband Auto Schweiz (Vereinigung der Automobil- und Nutzfahrzeugimporteure) 2013 die Initiative «für eine faire Verkehrsfinanzierung». Diese verlangt, dass künftig sämtliche Einnahmen aus der Mineralölsteuer zweckgebunden für den Strassenverkehr einzusetzen sind. Bislang beträgt der Anteil 50%, die andere Hälfte steht dem Bund für anderweitige Aufgaben zur Verfügung. Weil neuere Autos immer weniger Sprit verbrauchen, zeichnet sich jedoch in der Strassenfinanzierung ein Engpass ab, der mit der Initiative beseitigt werden soll. Die Initianten empfinden es zudem ganz grundsätzlich als ungerecht, dass Abgaben der Strassennutzenden für die Finanzierung anderer Aufgaben verwendet werden; die Autofahrenden würden bisher als finanzpolitische Milchkühe der Nation behandelt. Deshalb sprechen die Initianten in der Öffentlichkeit von der «Milchkuh-Initiative». Verbände wie der Gewerbeverband, Handel Schweiz und die Erdölvereinigung unterstützen das Anliegen. Die Initiative kommt mit 113 306 gültigen Unterschriften zustande.

Der Bundesrat empfiehlt, die Initiative ohne Gegenentwurf abzulehnen. Er befürchtet erhebliche negative Auswirkungen auf den Bundeshaushalt im Falle einer Annahme: 1,5 Milliarden Franken würden in den Strassenverkehr umgelagert. Dieser Betrag müsste durch Steuererhöhungen oder Kürzungen in anderen Bereichen (Bildung und Forschung, öffentlicher Verkehr, Verteidigung oder Landwirtschaft) kompensiert werden, heisst es in der Botschaft. Weiter hält der Bundesrat fest, dass sich Bahnkundinnen und -kunden mit höheren Billettpreisen am Bahnausbau zu beteiligen hätten, während Autofahrende bei einer Annahme der Initiative keine höheren Abgaben für den Strassenausbau zahlten. Dem absehbaren Finanzierungsengpass im Strassenbau will der Bundesrat mit dem geplanten Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds (NAF) begegnen (vgl. Vorlage 610).

Im Parlament setzen sich nur die SVP und eine knappe Minderheit der FDP-Fraktion für die Initiative ein. Sie betonen vergeblich die ihres Erachtens hohe Belastung durch Abgaben im Strassenverkehr und kritisieren eine Vernachlässigung der Strasseninfrastruktur. Die Gegnerinnen und Gegner warnen vor der drohenden Einnahmenlücke im allgemeinen Bundeshaushalt. In der Schlussabstimmung lehnt der Nationalrat die Initiative mit 123 zu 66 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab. Der Ständerat sagt ebenfalls Nein, mit 32 zu 4 Stimmen bei 9 Enthaltungen.

## GEGENSTAND

Die Initiative verlangt, dass die Steuern und Abgaben des Strassenverkehrs zu 100% zweckgebunden für den Strassenverkehr einzusetzen sind. Bislang ist nur die Hälfte dieser Einnahmen zweckgebunden. Zudem soll für neue sowie für die Erhöhung bestehender Abgaben im Bereich des Strassenverkehrs das obligatorische Referendum eingeführt werden.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Im Abstimmungskampf erhält die Initiative keine breite Unterstützung. Mit Ausnahme der SVP und der Lega beschliessen alle in den eidgenös-

sischen Räten vertretenen Parteien die Nein-Parole. Für die Milchkuh-Initiative setzen sich ausserdem die Autoverbände (ACS und TCS) sowie der Schweizerische Gewerbeverband ein. Dagegen positionieren sich unter anderem der Verkehrsclub VCS, der Verband öffentlicher Verkehr, die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete und der Bauernverband. Aus Sorge vor den finanzpolitischen Konsequenzen stellt sich auch die Konferenz der Kantonsregierungen gegen die Vorlage.

Die Befürworterinnen und Befürworter argumentieren, dass die Zahl der Stautunden in Städten und Agglomerationen zunehmen, was grosse Schäden für die Wirtschaft zur Folge habe. Mit dem zusätzlichen Geld könnten Umfahrungsstrassen realisiert und so Städte und Dörfer vom Verkehr entlastet werden. Die Gegnerinnen und Gegner der Milchkuh-Initiative sprechen dagegen von einem «Raubzug auf die Bundeskasse». Sie betonen, dass die Umlagerung der Finanzen zugunsten des Strassenverkehrs zu einschneidenden Sparprogrammen in anderen Bereichen führen würde. Zudem stünde eine Annahme auch im Widerspruch zur Verfassungsbestimmung über Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI, vgl. Vorlage 578), wonach ein Teil der Mineralölsteuer für die Bahninfrastruktur vorgesehen ist. Es sei überdies normal, dass Einnahmen aus bestimmten Bereichen zur allgemeinen Finanzierung der Staatsaufgaben und damit nicht ausschliesslich zweckgebunden verwendet würden; dies sei etwa auch bei den Einnahmen aus der Tabaksteuer und der Spielbankenabgabe zugunsten der AHV der Fall.

Der Abstimmungskampf startet früh, und gemessen an den geschalteten Inseraten dominiert die Milchkuh-Initiative die anderen an jenem Sonntag zur Abstimmung gebrachten Vorlagen deutlich. Die befürwortende Seite bucht dabei etwa doppelt so viele Inserate wie das Nein-Lager (Schubiger/Bieri 2016). Im redaktionellen Raum hingegen erhalten andere Vorlagen mehr Aufmerksamkeit, und die Tonalität der Berichterstattung über die Milchkuh-Initiative ist deutlich negativ geprägt (fög 2016).

## ERGEBNIS

Während das Stimmvolk bei den Behördenvorlagen zur Erhöhung der Nationalstrassenabgabe 2013 (Vorlage 577) und zum Bau der zweiten Gotthard-Röhre 2016 (Vorlage 599) noch klar für die Interessen der Autofahrenden votierte, lehnen Stimmvolk und Stände die Milchkuh-Initiative deutlich ab: Schweizweit erreicht sie lediglich einen Ja-Anteil von 29,2% der Stimmen – in keinem Kanton findet das Anliegen eine Mehrheit. Der höchste Ja-Anteil wird im Kanton Schwyz registriert (37% Ja), der niedrigste in der Waadt (23% Ja). Die Stimmbeteiligung beträgt 46,8%.

Die Nachbefragung zeigt, dass lediglich die Anhängerinnen und Anhänger der SVP der Vorlage mehrheitlich zugestimmt haben (56% Ja). Je weiter links sich die Stimmenden auf dem politischen Spektrum einordnen, desto grösser war die Ablehnung. Hauptmotiv der Nein-Stimmenden waren finanzpolitische Überlegungen. Etwas überraschend stellt die VOX-

Analyse weiter fest, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem Besitz eines Autos und der Zustimmung zur Vorlage gegeben habe (Colombo et al. 2016).

## QUELLEN

Bieri, Niklaus (2020): *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative "Für eine faire Verkehrsfinanzierung", 2013 - 2016*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 3.11.2020.

Bundesamt für Strassen ASTRA (ohne Datum): *Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF)*. Online: <https://www.astra.admin.ch/astra/de/home/themen/strassenfinanzierung/naf.html>, abgerufen am 4.11.2020.

Colombo, Céline, Thomas De Rocchi, Thomas Kurer und Thomas Widmer (2016). *VOX 121. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 5. Juni 2016*. Bern, Zürich: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

fög (2016): *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 5. Juni 2016*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

Konferenz der Kantonsregierungen (2016): *Bundesrat und Kantonsregierungen: Nein zur Milchkuh-Initiative. Medienmitteilung vom 22.3.2016*. Online: [https://kdk.ch/de/aktuell/medienmitteilungen/medienmitteilung/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=1871&cHash=6ec4912b8380ea89e7acfbde5e2596eb](https://kdk.ch/de/aktuell/medienmitteilungen/medienmitteilung/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=1871&cHash=6ec4912b8380ea89e7acfbde5e2596eb), abgerufen am 4.11.2020.

Schubiger, Maximilian, und Niklaus Bieri (2016): *APS-Inserateanalyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 5. Juni 2016*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

SP Schweiz (2016): *Raubzug auf die Bundeskasse verhindern. Medienmitteilung der Allianz «Nein zur Milchkuh-Initiative» vom 29. April 2016*. Online: <https://www.sp-ps.ch/de/publikationen/medienmitteilungen/raubzug-auf-die-bundeskasse-verhindern>, abgerufen am 4.11.2020.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 5.6.2016 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 14.089).

Bundesblatt: BBI 2014 3141. BBI 2014 9619. BBI 2016 6779.